

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Eine Gefahr für die freiheitliche Gesellschaftsordnung

Unter diesem Motto veröffentlicht Prof. Dr. *Harold Rasch* (Frankfurt) im Wirtschaftsblatt der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Nr. 164 (19. 7. 1958) eine wichtige Arbeit zum Problem der Unternehmens-Konzentration. Der Verfasser, seit Jahrzehnten in Praxis und Theorie eine Autorität auf dem Gebiet des Kartell- und Konzernrechts, beginnt seine Untersuchung mit folgenden Sätzen:

„Seit Jahren erleben wir in Westdeutschland einen Prozeß der Unternehmenskonzentration. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht über Aktienaufkäufe dieser oder jener Interessengruppe, über den Erwerb von Minderheitspaketen, Schachtelbeteiligungen und qualifizierten Mehrheiten, über Verschmelzungen und den Abschluß von Organschaftsverträgen berichtet wird. An der Ruhr werden die letzten Spuren der Entflechtungspolitik der früheren Besatzungsmächte ausgelöscht; die entflochtenen, längst wieder in neuen Gruppierungen zusammengeflochtenen Firmen wachsen weiter in die Breite und Tiefe. In der chemischen und Erdölindustrie, in der Maschinen- und Automobil-, in der Elektro-, feinmechanischen und optischen Industrie, aber auch bei Kaufhäusern sind bedeutende Zusammenschlüsse zu verzeichnen. Die drei Filialgroßbanken, die in eine Reihe von Regionalinstituten aufgeteilt waren, haben sich wieder zusammengefunden. Natürlich zeigen die Konzentrationstendenzen in den einzelnen

Wirtschaftszweigen durchaus verschiedene Ausmaße und Formen. Aber wohin wir auch blicken mögen, Zusammenschlüsse zweier oder mehrerer Gesellschaften sind an der Tagesordnung. Selbst die Neugründung größerer Unternehmen vollzieht sich praktisch niemals mehr unter Beteiligung des breiten Publikums, sondern von vornherein als Gemeinschaftsgründung schon bestehender Unternehmen.“

Dann betont Prof. Rasch, daß die amtliche Statistik von dieser Tendenz zur Unternehmenskonzentration kein vollständiges Bild vermitteln, und fährt fort:

„Es nimmt nicht wunder, daß diese Entwicklung in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit der Soziologen, Volks- und Betriebswirte, Juristen, Wirtschaftspolitiker und Kulturkritiker auf sich lenkt, von den unmittelbar Beteiligten ganz zu schweigen. Manche Kreise der Wirtschaft sind geneigt, sie als eine mehr oder weniger zwangsläufige Begleiterscheinung und Folge des ‚technischen Fortschritts‘ zu betrachten. Verhältnisse, in die der Staat einzugreifen weder Veranlassung noch Möglichkeit habe. Andere beklagen die Einschränkung des Wettbewerbs durch den Rückgang der Zahl unabhängiger Unternehmer im Zuge der industriellen Konzentration, zeichnen die Gefahren der Vernichtung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung. Einigen verhältnismäßig positiven Stimmen innerhalb der Wissenschaft (v. *Beckerath*, *Großindustrie und Gesellschaftsordnung*, 1954) steht die tiefe Skepsis eines Gelehrten von europäischem Rang gegenüber: ‚Die zunehmende Konzentration im umfassendsten Sinne und auf allen Gebieten . . . bleibt, wenn wir alles nur

auf einen Nenner bringen wollen, *die eigentliche Sozialkrankheit unserer Zeit*, und Kollektivismus und Totalitarismus erscheinen dann lediglich als der äußerste und tödliche Grad der Krankheit' (Röpke, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 1958).“

Im weiteren Gedankengang seiner Arbeit, die jeder im Wortlaut lesen sollte, untersucht Prof. Rasch u. a. die Gründe für die moderne Unternehmenskonzentration, konstatiert die „ausgesprochen konzernfördernde Wirkung des Aktienrechtes“ und betont, daß „die Steuergesetzgebung durchaus bewußt im Sinne ihrer Begünstigung, und zwar insbesondere einer Begünstigung der Konzentration durch Konzernbildung wirkt“. Weiter befaßt er sich mit Organschaft und Schachtelprivileg. Abschließend schreibt er unter dem Motto „Keine Gewaltmaßnahmen“:

„In jedem Falle werden aktien- und steuerrechtliche Reformen Hand in Hand gehen müssen. Mit der stärkeren Spaltung des Körperschaftsteuertarifs für ausgeschüttete und nicht ausgeschüttete Gewinne hat der Bundestag eine Steuerpolitik eingeleitet, die der übermäßigen Thesaurierung und damit auch der Unternehmenskonzentration entgegenwirken soll. Die Gesetzentwürfe der Bundesregierung über die Ausgabe von Zusatzaktien liegen wirtschaftspolitisch auf derselben Linie. Das sind durchaus erfreuliche Anfänge. Aber diese Bemühungen müssen durch eine entsprechende Reform des Aktienrechts ergänzt werden. Schließlich bietet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen eine Handhabe, Ursachen und Wirkungen von Zusammenschlüssen besser zu erkennen, um daraus weitere gesetzgeberische Folgerungen zu ziehen. Nur eine auf lange Sicht konzipierte, alle Zweige der Gesetzgebung umfassende Wirtschaftspolitik ist geeignet, unerwünschte Unternehmenskonzentrationen für die Zukunft zu verhindern, ohne unseren Großunternehmen und ihrer Entwicklung Gewalt anzutun.“

Jeder muß sich entscheiden

Die Wiederkehr des 20. Juli hat die *Deutsche Post*, das Organ der Deutschen Postgewerkschaft, zur Veröffentlichung von zwei wichtigen Aufsätzen veranlaßt. *Annedore Leber* stellt unter dem Motto „Jeder muß sich entscheiden“ grundsätzliche Betrachtungen an, aus denen einige Sätze zitiert seien:

„Der höchste Sinn des Lebens liegt in einem verantwortlichen Wirken für die Umwelt. Wo aber beginnt und wo hört diese Verantwortung heute auf? Ihrem Wesen nach immer auf den anderen Menschen gerichtet, ist sie in der Familie eine Selbstverständlichkeit. Hier wird sie täglich und meist in selbstloser Weise geübt. Nötiger denn je aber muß sie heute über den persönlichen Bereich auf das Ganze gerichtet sein, auf eine menschliche Welt, die von jedem einen Beitrag verlangt. Niemand kann die

Augen vor den Tatsächlichkeiten dieses Jahrhunderts verschließen. Jeder weiß, was in den 40 Jahren seit Aufkommen der modernen totalen Diktatur über Europa gekommen ist. In der gleichen Zeitspanne nahmen Wissenschaft und Technik ihre gigantische Entwicklung. Sie brachten dem Menschen unendliche Erleichterungen und unzählige Bereicherungen. Aber sie brachten ihm auch die ungeheuerliche Versuchung, ihre weltumspannenden Möglichkeiten seinem dämonischen Urtrieb nach der Beherrschung anderer dienstbar zu machen. Sie boten dem menschlichen Machtwahn nicht nur technische Mittel zur terroristischen Bedrohung des körperlichen Lebens, sondern auch moderne Techniken zur Beeinflussung und Besitzergreifung von Denken und Seele . . . Entscheidend ist, daß sich die Gewissenskraft des einzelnen auf die Ordnung unseres Zusammenlebens auswirkt.

Daß sich der Mensch zum Herrn über den anderen Menschen machen will, ist so alt wie die Menschheitsgeschichte. Aber ihr Sinn würde verlorengehen, wenn als Resultat des 20. Jahrhunderts verbucht werden müßte, daß die gesellschaftliche Ordnung zu ihrer Aufrechterhaltung des staatlich gelenkten körperlichen und geistigen Erschlagens bedarf.“

Der zweite Aufsatz stammt von *Walter Hammer*, dem Manne, der mehr als irgendein anderer seit 1945 dazu beigetragen hat, das Gedächtnis an die Opfer der Hitlerbarbarei wachzuhalten. Hammer erinnert hier an einen einzelnen Mann, der am 22. Juli 1943 als politisches Opfer der Hitlerjustiz von Henkers Hand starb, an den Berliner Postassistenten und früheren sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Eduard Zachert. Aber sein Gedenkartikel ehrt nicht nur dieses eine Opfer, sondern in ihm die „sechs Millionen Opfer des Unrechtsstaates, brutaler Gewalt und teuflischer Willkür“.

Im Aprilheft 1958 der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* veröffentlichten wir eine Arbeit von *Gerhard Schulz-Wittuhn* „Widerstand gegen Hitler“. Diese stark beachtete Publikation hat jetzt Dr. *Hermann Woothke*, Ministerialdirigent a. D., veranlaßt, seinerseits in der Zeitschrift *Der deutsche Beamte* (Nr. 7) seine Erinnerungen an den Widerstand gegen Hitler zu veröffentlichen. Wir müssen uns damit begnügen, auf diese wichtige Publikation hinzuweisen; nur aus den Schlußfolgerungen, die Dr. Woothke als Lehre für die Zukunft zieht, möchten wir einige besonders wichtige Sätze festhalten:

„Es heißt, daß niemand die Verpflichtung hat, Held zu sein. Wer es nicht war, sollte aber die menschlich verständliche Schwäche nicht mit der Berufung auf einen Vorrang der Eides- und Gehorsamspflicht drapieren, erst recht nicht, wenn es sich um einen sinnlos und frevelhaft gewordenen Einsatz des Lebens *anderer* Menschen handelt, am allerwenigsten,

wenn er zum Werkzeug des Tyrannen in der Vollstreckung von Hinrichtungsbefehlen geworden ist. Mit der Stellung des einzelnen in der Gesellschaft wächst auch der Grad seiner Pflichten gegenüber jedem seiner Mitbürger, gegenüber der Gesellschaft und am meisten gegenüber den Mitmenschen, deren Leben und Tod in seine Hand gegeben ist ... Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Lebenden, vor den Gefahren vielfältiger Fehldeutung einer schicksalvollen Stunde der deutschen Geschichte die kommende Generation zu bewahren.“

Im Zusammenhang mit diesem Thema weisen wir darauf hin, daß die Münchener Monatschrift *Politische Studien* (Heft 99) ein interessantes Porträt des ersten Chefs der Gestapo, Rudolf Diels, aus der Feder von *Harry Wilde* veröffentlicht. Im gleichen Heft finden wir einen wertvollen Literaturbericht von *Helga Grebing* über „Preußen — ein Irrweg unserer Geschichte?“; die Verfasserin bespricht und wertet nicht nur Bücher von Schoeps, Meinecke, Obermann, Gerhard Ritter, Görlitz u. a., sondern auch verschiedene wichtige Zeitschriftenaufsätze zu diesem Thema, u. a. den oben erwähnten Aufsatz von Schulz-Wittuhn.

Kampfansage an Georg Lukacs

In Heft 5/6 der im 14. Jahrgang in Ost-Berlin erscheinenden Monatschrift *Aufbau*, die vom „Deutschen Kulturbund“ herausgegeben wird und in deren Redaktionsbeirat führende Männer der DDR, wie Johannes R. Becher und Alexander Abusch, sitzen, finden wir eine 22 Druckseiten umfassende Abrechnung mit dem ungarischen Philosophen und Literaturhistoriker *Georg Lukacs*. Der Verfasser dieser Arbeit, *Joszef Szigeti*, überschreibt seine Untersuchung „Georg Lukacs und die Folgen“. Mit einer Schärfe, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt, geißelt er u. a. „Lukacs' unrichtige Konzeption des antifaschistischen Kampfes“ und „sein Unverständnis des volksdemokratischen Klasseninhaltes“ schon im Jahre 1948, sein „Zurückschrecken vor dem Sozialismus und vor der Diktatur des Proletariats“ usw. Sodann wörtlich: „Die Logik von Lukacs ist die Logik der Oberfläche. Der Klassenkampf für den Sozialismus wird bei ihm deshalb als bewegende Kraft der Geschichte unterschlagen, da er ihn in den Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion verwandelt, was in dieser Form eine verwässerte bürgerlichdemokratische Phrase bleibt. So kann es geschehen, daß er, die sozialistischen Bestrebungen in den allgemindemokratischen Bestrebungen auflösend, den sozialistischen Kampf gegen den Kapitalismus aus den Formen des gegenwärtigen Fortschrittes eliminiert.“ So wundert es dann den Verfasser nicht, daß Lukacs zur Gruppe des inzwischen hingerichteten Imre Nagy stoßen mußte: „Derart stehen die politischen Konzep-

tionen von Georg Lukacs mit seiner politischen Praxis in engster Verbindung.“ Auf die Folgen dieses Aufsatzes „Georg Lukacs und die Folgen“ darf man gespannt sein.

Echo der Ruhrfestspiele

Von den zahlreichen, überwiegend außerordentlich positiven Wertungen der diesjährigen Ruhrfestspiele möchten wir an dieser Stelle wenigstens zwei zitieren. Im *Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (Nr. 130) erschien ein umfassender Aufsatz „Zwölf Jahre Ruhrfestspiele“, der die ganze bisherige Entwicklung würdigt und besonders hervorhebt, daß die Ruhrfestspiele nicht „fertig“, sondern „immer noch im Werden und Wachsen“ seien, und daß gerade diese Tatsache, dieses fruchtbare Suchen nach immer neuen Formen der Organisation wie der Programmführung sehr wertvoll sei: „Von diesen Ruhrfestspielen geht ein Leuchten aus, das ebenso heiter wie tröstlich und ermutigend bezeugt: Auch hier ist ein Raum, in dem sich ein Beitrag zu europäischem Fühlen, Denken und Handeln verwirklicht.“

In der *Welt* veröffentlicht *Helmuth de Haas* unter dem 21. Juli eine Bilanz der Ruhrfestspiele, aus der folgendes zitiert sei: „Zieht man die szenische Summe der Ruhrfestspiele 1958, so hat die Habenseite hohes Übergewicht. Die Zuschauerzahlen: Etwa 60 000 Menschen waren in mehr als 55 Vorstellungen. Auffallend wie noch kaum in der zwölfjährigen Geschichte der Ruhrfestspiele war der stattliche Prozentsatz an sehr jungen Besuchern. Ganz eindeutig und mit blühendem Interesse drängt die verschonte Generation an die Theaterkassen. Ein Publikum von vitaler Frische ... Endlich winkt das Festspielhaus. Erster Spatenstich: 1958. In geheimer Schlacht wurde durchgesetzt, daß ein Festspielhaus nicht dasselbe ist wie ein bloßes Theater, daß zu den Ruhrfestspielen der ganze Zyklus der Kulturtage und nicht nur die Bühnenabende gehören. Man braucht Säle, Räume, große und kleine. Die Kulturtage der Gewerkschaftsjugend und die Europäischen Gespräche gehören nicht in die halbdämmerigen Räume der alten Engelsburg, sondern in helle Etagen. Vielleicht werden die Europäischen Gespräche dort ihren Anfangsnimbus wiederfinden, den sie diesmal in langweilender Ökonomie und trister Fachlichkeit aufs Spiel setzten. ... Jedes Verzögern in Sachen Festspielhaus wäre Tücke. Die Ruhrfestspiele haben jetzt einen Punkt erreicht, an dem qualitatives Theater selbstverständlich und kulturelle Ausstrahlung über ganz Westdeutschland möglich geworden ist. Mit dem eigenen Festspielhaus winkt den Ruhrfestspielen eine Wirkung, von der die fünf Millionen Menschen dieses Landes sich Gewinn versprechen dürfen.“

Dr. Walter Fabian